



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Wärmewende, Klimaanpassung und die Finanzierung: Konferenz Klimabündnis Stadtentwicklung als Ideen-Börse

11.02.2026

Fachinformation



@BBU

Bauminister Detlef Tabbert hat am 11. Februar gemeinsam mit den Bündnispartnern BBU und VKU die Jahreskonferenz 2026 des Klimabündnisses Stadtentwicklung Brandenburg eröffnet. Einen Tag lang tauschten sich Expert*innen zum Thema „Wärmewende und Klimaanpassung finanzierbar machen: lokal, vernetzt und effizient“ aus. Dabei zeigte sich: Schlüssel für die erfolgreiche Wärmewende und Klimaanpassung sind die Vernetzung und der Austausch der Akteure in Kommunen, in der Wohnungswirtschaft und bei den kommunalen Versorgern. Dies steigert die Effizienz und kann helfen, Kosten zu senken.

Eine Podiumsdiskussion zwischen Minister Detlef Tabbert, BBU-Landesgeschäftsstellenleiter Matthias Brauner und Thoralf Uebach, Vorsitzender der Landesgruppe Berlin-Brandenburg des Verbands kommunaler Unternehmen e.V. eröffnete die Fachveranstaltung im Potsdam-Museum. Vorträge und Diskussionen über Schwerpunktthemen wie Finanzierung der Transformation im Gebäudesektor, Bundesförderungen, konkrete Sanierungsbeispiele, Abwärmenutzung und Klimaanpassungsmaßnahmen schlossen sich an.

Minister Detlef Tabbert: „Wärmewende und kommunale Wärmeplanung sind aktuell für die Kommunen im Land eine große Herausforderung. Aber es ist wichtig, dass bei aller Unterschiedlichkeit der Voraussetzungen vor Ort nicht jede Kommune das Rad neu

erfinden muss. Kooperation und Abstimmung sind entscheidend, deshalb finde ich die Fachkonferenz des Klimabündnisses Stadtentwicklung so wichtig. Städte und Gemeinden setzen die Wärmeplanung eigenverantwortlich um. Ich freue mich, dass die Brandenburger Gemeinden hier bereits ein solides Fachwissen aufgebaut haben und über das erforderliche Know-how verfügen, um die Wärmeplanung fristgerecht fertigzustellen – für die meisten heißt das bis Mitte 2028. Als Land lassen wir sie dabei nicht allein, sondern wir erstatten den Kommunen aus Bundesmitteln in Höhe von rund drei Millionen Euro pro Jahr die mit der Wärmeplanung verbundenen finanziellen Mehrbelastungen.“

BBU-Vorständin Maren Kern kommentierte im Vorfeld der Konferenz: „Die Wärmewende und die Anpassung an den Klimawandel sind eine enorme Aufgabe gerade auch für die Wohnungswirtschaft. Für die Wohnungsunternehmen entscheidet sich der Erfolg ganz konkret im Quartier: Dort müssen kommunale Wärmeplanung, Gebäudestrategien und Investitionsentscheidungen zusammengeführt werden. Das gelingt nur im engen Zusammenspiel von Kommunen, Wohnungsunternehmen und kommunalen Versorgern. Gleichzeitig braucht es auf Bundesebene verlässliche und langfristig angelegte Rechts-, Förder- und Finanzierungsrahmen, damit die notwendigen Investitionen planbar und wirtschaftlich tragfähig bleiben. Brandenburg hat mit dem Klimabündnis Stadtentwicklung einen pragmatischen und kontinuierlichen Weg eingeschlagen. Entscheidend ist jetzt, diesen Kurs gemeinsam fortzusetzen und durch unterstützende Rahmenbedingungen des Bundes zu flankieren.“

Thoralf Uebach, Vorsitzender der Landesgruppe Berlin-Brandenburg des Verbands kommunaler Unternehmen e.V. (VKU): „Die kommunalen Energieversorger Brandenburgs stehen bereit, Verantwortung zu übernehmen. Sie investieren vor Ort, sichern Arbeitsplätze und halten die Energieversorgung stabil. Planungssicherheit entsteht nicht durch Ankündigungen, sondern durch rechtzeitig verabschiedete und langfristig tragfähige Gesetze. So braucht es etwa beim Gebäudeenergiegesetz (GEG) so schnell wie möglich Klarheit: Nur wenn alle klimaneutralen Wärme- und Heiztechnologien gleichberechtigt möglich bleiben, können Kommunen wirtschaftlich sinnvolle Wärmepläne entwickeln. Auch die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) – als Rückgrat der Energiewende – muss dringend bis 2038 verlängert werden. In seiner jetzigen Form bietet das Gesetz keine verlässliche Investitionsgrundlage mehr. Im Klimabündnis Stadtentwicklung Brandenburg bündeln MIL, BBU und VKU ihre Kräfte auch für die Erreichung der notwendigen Rahmenbedingungen seitens des Bundes: für eine erfolgreiche und effiziente Wärmewende für Brandenburg.“

Klimabündnis Stadtentwicklung

Inzwischen verlängert wurde die Kooperationsvereinbarung zwischen den Bündnispartnern MIL, BBU und VKU. Sie gilt seit dem 1. Januar 2026 für weitere fünf Jahre bis Ende 2030. Zuvor war sie bis Ende 2025 befristet gewesen. Durch die Verlängerung bekräftigen die Bündnispartner die gemeinsame Zielsetzung, die Brandenburger Kommunen bei Anstrengungen zur Wärmewende und Klimafolgenanpassung weiterhin zu unterstützen.

Mit ihrem Klimabündnis Stadtentwicklung Brandenburg wollen das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL), der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V. (BBU) und die Landesgruppe Berlin-Brandenburg des Verbands kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) die Brandenburger Kommunen ansprechen und den Klimaschutz, insbesondere die Wärmewende, und die Klimafolgenanpassung vor Ort vorantreiben. Zu diesem Zweck finden unter anderem seit 2022 „Klimareisen“ des Bündnisses zu beispielgebenden Projekten und Vorhaben im Land Brandenburg statt.

Landeswettbewerb CO₂-neutrales Quartier

Im Landeswettbewerb „CO₂-neutrales Quartier“ des Klimabündnisses Stadtentwicklung werden seit 2023 im zweijährigen Rhythmus Praxisbeispiele ausgezeichnet. Gewürdigt werden dabei sowohl praxisorientierte Konzepte als auch konkrete bauliche Projekte, die derzeit umgesetzt werden oder bereits abgeschlossen sind. Solche Best-Practice-Beispiele sollen weitere Kommunen ermutigen, neue Wege zu beschreiten, beispielsweise bei der Energieversorgung, bei der Gestaltung zukunftsfähigen Wohnens oder bei Kooperationsformen.

Insbesondere verfolgt das Klimabündnis folgende konkrete Ziele:

- Durchführung eines Landeswettbewerbs „CO₂-neutrales Quartier“. Der Wettbewerb wird weiterhin alle zwei Jahre ausgelobt.
- Unterstützung der Städte und Gemeinden sowie der kommunalen Wohnungs- und Versorgungsunternehmen bei der kommunalen Wärmeplanung.
- Gemeinsame Initiativen zur Unterstützung im Bereich klimagerechte Stadt, u. a. zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels.
- Gemeinsame Workshops und Fachtagungen.
- Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit.

Quellen: Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg; BBU

<https://bbu.de/beitraege/waermewende-klimaanpassung-und-die-finanzierung-konferenz-klimabuendnis-stadtentwicklung-als-ideen-boerse>